

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Zwei Zeitungsbüchlein und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (bei Haus 2 RM, Halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 590, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-U., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Mittwoch, den 22. Juni 1927 Nummer 143

Offensive der Mietwucherer

Die Bürgerblodregierung beabsichtigt bekanntlich, das Reichsmietengesetz und das Mieterkündigungsgesetz auf weitere zwei Jahre zu verlängern, wollte aber bereits ab Juli zwei Abänderungsvorlagen in Kraft setzen, mit denen der Mieterkündigungsgesetz weiter durchlöcheriert werden soll. Wie nun mitgeteilt wird, sind die Vorberhandlungen über diese beiden Abänderungsvorlagen noch nicht abgeschlossen worden. Deshalb beabsichtigt man, das am 30. Juli ablaufende Mieterkündigungsgesetz zu verlängern und bis spätestens zum 31. Dezember die bekannten Abänderungsvorlagen unter Dach und Fach zu bringen. Schon das Bekanntwerden dieser möglichen Verzögerung der Inkraftsetzung der geplanten Abänderungsvorlagen hat die Hausbesitzerorganisationen auf den Plan gerufen. Mit den Mitteln der Drohung versuchen sie, ihre Ziele auf unnötige Befristung des Mieterkündigungsgesetzes und der Mieterrechte durchzusetzen. Sie versuchen sowohl die Abgeordneten als auch die Reichsregierung völlig in den Dienst der Hausbesitzer gegen die Mieterkündigungsgesetze zu spannen. Die Abgeordneten, die sich gegen einen Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung auf systematischen Abbau des Reichsmietengesetzes und Mieterkündigungsgesetzes zur Wehr setzen, haben folgendes Schreiben vom Verband rheinischer Haus- und Grundbesitzer erhalten:

deshalb haben auch diese beiden Ministerien folgende Warnung durch die genannten Organisationen erhalten:

Mit Befremden und Entrüstung müssen wir aus dem Umstand, daß die Reichsregierung bis heute, den 19. Juni, noch keinerlei Vorlage zu der am 30. d. M. ablaufenden Zwangsgesetzgebung betreffs Reichsmietengesetz und Mieterkündigungsgesetz dem Reichstag hat zugeben lassen, auf die Absicht schließen, daß, wenn überhaupt noch eine Vorlage kommt, dem Reichstag die Möglichkeit genommen sein soll, in eine ernsthafte Beratung einzutreten und ihn zu zwingen, einer Verlängerung der Zwangsgesetze ohne oder ohne wesentliche Änderungen zustimmen zu müssen.

Nach den bei den verschiedenen Anlässen von der Regierung dem Reichstag und unteren Organisationen abgegebenen Erklärungen, daß auch die Zukunft, welche durch die Zwangsgesetze geschaffen seien, als unhaltbar betrachte und nicht bald ein Übergang zur freien Wirtschaft geschaffen werden müsse, lehnen wir in dem jetzigen Verhalten der Regierung eine durch nichts mehr zu überbietende Rücksichtslosigkeit gegenüber den schwerwiegendsten Lebensnotwendigkeiten weitrer Kreise der Bevölkerung. Die Regierung scheint sich nicht allein hinwegsetzen zu wollen über die von ihr selbst anerkannten Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten, in welchen der Hausbesitz sich durch die Zwangsgesetzgebung befindet, sondern sie scheint auch alle die in den sachlich begründeten Kundgebungen der Spitzenorganisationen aus Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Industrie und Kreditinstituten aufgestellten Forderungen zur Befreiung der Zwangswirtschaft, vollständig mißachten zu wollen.

Wir erheben gegen dieses Verhalten der Regierung den allerhöchsten Protest und werden nicht unversucht sein, um endlich eine Erfüllung der wiederholten Aufträge der Regierung herbeizuführen.

Die Freiheit der Hausagrariet kennt keine Grenzen. Der unerhörte Vorstoß dieser Mietwucherer, die nichts unversucht lassen, um ihre Ziele durchzusetzen, sollte den Millionenmassen der Mieter zum Vorbild dienen. Wenn die Mieterkündigungsgesetze einmütig und geschlossen ihre Interessen gegen den Willen der Hausbesitzer vertreten würde, wäre es ein leichtes, die frechen Angriffe und Mietwucherpläne der Hausagrariet abzuwehren. Die Arbeiterkassen und die werktätige Bevölkerung darf sich keinen Augenblick im unklaren darüber sein, daß die Bürgerblodregierung den Wünschen und der unerfülllichen Habgier der Hausbesitzer Rechnung tragen und ihre Wünsche erfüllen wird. Soll das verhindert werden, dann muß die werktätige Bevölkerung dem Rufe des Kongresses der Werktätigen folgen und in geschlossener Abwehrfront gegen die schändlichen Pläne der Hausbesitzer und der Bürgerblod-Regierung zusammenstehen.

Zur Genfer Flottenabrüstungskonferenz

Am 20. Juni ist in Genf die von den Vereinigten Staaten einberufene Seearüstungskonferenz zusammengesetzt — von vornherein mit einem kleinen „Schönheitsfehler“ behaftet, da nur England, Japan und die Vereinigten Staaten ihre Vertreter entsandt haben, während Italien und Frankreich sich auf die Entsendung inoffizieller „Gehobener“ beschränkten. Zweck der Konferenz ist — abgesehen von den Bedürfnissen des Herrn Coolidge, sich zu Hause als „Friedensengel“ aufzuspielen — die Ausgleiche der „Unvollkommenheiten“, die sich an dem Ergebnis der Washingtoner Seearüstungskonferenz von 1921 herausgestellt hatten. Damals verabredeten die drei großen Seemächte eine Regelung ihres Bestandes an Großkampfschiffen; es wurden dafür Höchstgrenzen sowohl in bezug auf die Größe des einzelnen Schiffes (höchstens 35 000 Tonnen, bei Flugzeugmutter Schiffen 27 000 Tonnen Wasserdrängung), als in bezug auf den Gesamtbestand jeder einzelnen Flotte festgelegt: der Flotte Englands, der Vereinigten Staaten und Japans an Großkampfschiffen wurde im Verhältnis von 5:5:3 geregelt.

Diese Leistung des Friedensengels wies aber bald ihre großen Lücken auf — nicht nur vom Standpunkte der pazifistischen Illusionen, sondern auch vom Standpunkte der realen Interessen der großen Seemächte. Man hatte sich in Washington auf eine Regelung des Bestandes an Großkampfschiffen einigen können, weil schon damals die Entwicklung der Seefriegstechnik mehr auf den Ausbau der kleineren Einheiten (U-Boote, große Zerstörer und Kreuzer, Flugzeugmutter Schiffe) hinwies; die Admiraltäten der großen Seemächte sahen im weiteren Bau von teuren Großkampfschiffen, die sebezzeit durch ein kleines U-Boot verflucht werden konnten, keinen militärischen Vorteil, sondern nur eine finanzielle Belastung, die ihnen durch die gegenseitige Konkurrenz aufgezogen wurde. Daher das Bestreben, durch Ausschaltung dieser Konkurrenz allen Beteiligten den kostspieligen Bau von Schiffen zu ersparen, die — nach dem Ausbau eines amerikanischen Hochseeschiffes — im Kriegsfalle „am besten im Mississippi verankert“ werden müßten. Weiter ging ihre „Friedensliebe“ nicht — sie reichte nicht so weit, dem Bau von kleineren Kriegsschiffen, von denen man sich mehr erhoffte, irgendwelche Grenzen zu setzen. Diese Selbstbeschränkung hatte aber üble Folgen: die kleineren Seemächte (vor allem Frankreich und Italien) warfen sich nun mit aller Energie auf den Bau von U-Booten, Zerstörern usw. Waffen, die sowohl technisch ausrichtreicher als auch finanziell für das (relativ zu den großen Weltmächten) beschränkte Marinebudget vieler Länder geeigneter waren — und diese Massenproduktion von kleinen, leistungsfähigen (ein U-Boot kann heute ohne Erneuerung seines Kraftstoffvorrates die ganze Erde umfahren, während ein Großkampfschiff mindestens viermal unterwegs Brennstoff einnehmen muß) und gefährlichen Fahrzeugen war für die großen Seemächte natürlich unangenehm — besonders für England, dessen Großkampfschiff durch die französischen U-Bootbauten mit der Entwertung bedroht war. Dies führte zu verächtlicher Rüstung Englands, das mit Frankreich, dem vermuteten Gegner im nächsten Kriege, Schritt halten mußte — und deshalb wieder zu einer Beunruhigung Nordamerikas, das kein Ubergewicht der englischen Flotte dulden will.

So erklärt es sich, daß gerade die Vereinigten Staaten ihr Herz für den Weltfrieden entboten, daß England und Japan, die mit ihnen immerhin gewisse gemeinsame Interessen gegen die kleinen Seemächte haben, wenigstens bevollmächtigte Vertreter zur Konferenz entsandten, während Italien und Frankreich wenigstens offiziell, zu Hause blieben: sie haben kein Interesse daran, den Großmächten bei der Wiederherstellung ihres maritimen Ubergewichtes noch behilflich zu sein.

Aber auch die Interessen der großen Seemächte laufen auseinander — und dieser Gegensatz trat schon in den Erklärungen ihrer Vertreter in der Eröffnungssitzung zutage. Am weitesten gingen im „Nazismus“ begrifflicher Weise die Einberufer, die Vereinigten Staaten: sie fordern eine Begrenzung des Bestandes aller, auch der kleinsten Seefampfmittel, im selben Verhältnis, wie es in Washington für die Großkampfschiffe festgelegt wurde. Das heißt mit anderen Worten nichts anderes, als daß sie auch auf diesem Gebiete das gegenwärtige Ubergewicht Englands befestigen wollen (und zwar soll dies bei einem möglichst niedrigen Flottenstand geschehen, damit die Vereinigten Staaten nicht gezwungen werden, das gegenwärtige englische Ubergewicht durch kostspielige Neubauten einzuholen, sondern damit im Gegenteil England zum Abrücken eines Teiles seiner Flotte veranlaßt wird). Gleichgewicht der Tonnage nach, wie es die Vereinigten Staaten fordern, würde aber in Wirklichkeit ihr Ubergewicht im Kriegsfalle bedeuten — denn im Gegensatz zu England und Japan besitzt Nordamerika alle notwendigen Kohlen und Lebensmittel im eigenen Lande, braucht also im Kriegsfalle keine wesentlichen Teile seiner Flotte zum Schutze des Handelsverkehrs abzuweichen, während der für Schlachtzwecke verfügbare Teil der englischen und japanischen Flotte durch solche Abgaben wesentlich geschwächt wäre.

Es ist klar, daß solche Vorschläge nicht auf die begeisterte Zustimmung Englands stoßen können — der englische Friedensengel hat denn auch sehr viel lahmere Flügel. Das gegenwärtige Verhältnis soll nur für Kreuzer über 10 000 Tonnen festgelegt werden; bei kleineren Schiffen soll weitere Rüstungsfreiheit bestehen; nur die Größe eines einzelnen Schiffes

Die neue Bibel der Klassenjustiz

Das neue Strafgesetzbuch des Bürgerblods vor dem Reichstag.

Berlin, den 21. Juni.

Der Bourgeoisie reicht das Strafgesetzbuch aus dem Jahre 1871 nicht mehr aus. Um das Proletariat nicht zu halten, um jede revolutionäre Erhebung bereits im Vorbereitungstadium gesteigerter Klassenkämpfe niederzuschlagen zu können, verfaßt die Kapitalistenklasse die neue unerhörte Verschärfung der Klassenjustiz. Dielem Zweck dient das neue Strafgesetzbuch, das geschnitten ist auf die Sicherung der Ausbeuterherrschaft und gerade deshalb dem einzelnen Klassenrichter vollste Urteilsvollmacht zubilligt, also die Herrschaft der schrankenlosesten Justizwillkür aufrichtet. In der Diensttagssitzung des Reichstages fand die erste Lesung der neuen Bibel der Klassenjustiz statt. Die kommunistische Partei machte den Versuch, die erste Lesung des Schandgesetzes hinauszuverschieben. Bürgerliche und Sozialdemokraten verhinderten das, wohl, weil sie es gleichwohl eilig haben mit der Verschärfung der bürgerlichen Klassenjustiz. Und dann im Sprach der Klassenjustizminister, der Deutschnationale Herrg. Seine Rede war ölig und schleimig. Das neue Strafgesetzbuch bezeichnete er als ein Kulturdokument für ein Jahrtausend. Dann aber klang es doch durch, daß die Rolle der bürgerlichen Justiz ist, die Arbeiterkassen niederzuhalten. Der Staat müsse geschäftig werden vor der „Aufspaltung der Massen“. Ruhe, Sicherheit und Ordnung sind das Motto, das Herrg. dem Gesetz gibt. Proletarier kennt der Minister vor dem Gesetz nicht; er unterscheidet zwischen „Staatsbürgern und Verbrechern“, wobei die Verbrecher natürlich identisch mit Proleten sind.

Dann ließ man den volksparteilichen Professor Kahl die Klassenjustiz verteidigen. Er sprach von der Ausmerzung des Mißtrauens gegen die Justiz; er proklamiert die Entpolitisierung des Strafrechts und beschwor (beutlich an die Adresse der Sozialdemokratie sich richtend) die Parteien, ein Kompromiß abzuschießen. Ganz im Sinne der künstlich erzeugten Feiertagsstimmung des Reichstages hielt Landsberg für die Sozialdemokratie eine selbst für diesen Reformisten sehr leichte Rede. Von politischer Justiz wollte er nicht sprechen; leise wandte er sich gegen die Todesstrafe und einige wenige Strafbestimmungen des neuen Strafgesetzbuchs. Schließlich forderte der Deutschnationale Herrg. mit erzkühler Oberlippe den härtesten Kampf der Justiz gegen das revolutionäre

Dann wurde die Reichstagsitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf Mittwoch den 22. Juni festgelegt, wo für die kommunistische Partei der Genosse Koenen Harse Abrechnung mit der Klassenjustiz und ihrem neuesten Produkt, dem neuen Strafgesetzbuch, halten wird. (Sitzungsbericht siehe zweite Seite.)

Außenpolitische Debatte im Reichstag

Am Donnerstag soll die große außenpolitische Debatte im Reichstag beginnen. Damit die Regie Klapp, wird bereits jetzt von den Regierungsparteien die Vorbereitung in interfraktionellen Besprechungen getroffen. Die interfraktionelle Sitzung, die für heute Mittwoch angelegt ist, soll sich u. a. mit der Frage beschäftigen, ob eine gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien zur Außenpolitik in Frage komme oder ob die einzelnen Koalitionsparteien das Wort nehmen werden. Blättermeldungen zufolge wird die Volkspartei den Abgeordneten Dr. Japp als Redner vorschicken. Vom Zentrum wird der Abgeordnete Kah sprechen. Der Zentrumsmann soll auch die event. gemeinsame Erklärung der Regierungspartei abgeben. Für die sozialdemokratische Fraktion wird der Auslandreisende Freilich in Blätterbündnis- und Locarnopolitik machen.

Amerika droht

Wie aus Newport gemeldet wird, betonen die politischen Kreise in Washington, daß Americas Programm auf der Genfer Seearüstungskonferenz bis an die Grenze des Möglichen gehe, da sonst die amerikanische Flotte denen Englands und Japans unterlegen wäre. Coolidge habe den Kongress nur mit Mühe an der Annahme eines starken Kreuzerprogramms hindern können. Falls die Genfer Verhandlungen mit einem Mißerfolg enden sollten, bestünde die Möglichkeit, daß die Befürworter

F
Co.
Pinsel
axonia
Straße 13
Konditorei
PPEL
free
s der
ten
aler
ce-
sterei
PILZ
affbrja
waren
sche
he 81
lligen
Strehe
ITZ
schen
ckor
straße 29
stahlwaren
ar Straße
nisch
ue
of 1
he 80
ungshör
DERSC
er Straße 8
ant
ware
K